

Alice Weidel

[POLIDOCs-KAPITEL v1]

Zweck: Politisch relevante öffentliche Aussagen, Handlungen und Positionen von Alice Weidel belegbar dokumentieren und einordnen.

Eintragseinheit: Ein eigenständig überprüfbares Zitat, Ereignis, politischer Vorgang oder eine institutionelle Entscheidung; die bestehende Dossierseite dient als Überblick.

Aufnahmekriterien: Eindeutige Zuordnung zur Person, politische Relevanz und mindestens ein belastbarer Primärbeleg oder eine seriöse Sekundärquelle.

Pflichtinhalt: Datum, Originalaussage oder Handlung, Kontext, Primärquelle, Evidenzstatus, relevante Gegenargumente und getrennte redaktionelle Einordnung.

Abgrenzung: Gerüchte, private Belanglosigkeiten, Dubletten und Kontaktschuld ohne eigene Handlung werden ausgeschlossen.

Erweiterungsauftrag: Neue relevante Vorgänge recherchieren, gegen das Dossier und bestehende Seiten deduplizieren, als Einzelseiten ergänzen und den Überblick aktualisieren.

- [Alice Weidel: dokumentierte Aussagen und Einordnung](#)

Alice Weidel: dokumentierte Aussagen und Einordnung

“ **Kurzfazit:** Bei Alice Weidel sind wiederholt pauschalisierende Aussagen über Muslime und Migranten sowie geschichtsrevisionistische Falschbehauptungen dokumentiert. Die hier geprüften Quellen enthalten jedoch keine individuelle gerichtliche oder behördliche Feststellung, Weidel selbst sei eine erwiesene rechtsextremistische Person. Die Einordnung bezieht sich deshalb auf konkrete Aussagen, nicht auf ein pauschales Personenetikett.

Stand: 9. August 2026.

2018: „Kopftuchmädchen“ und „alimentierte Messermänner“

In einer Bundestagsrede am 16. Mai 2018 sagte Weidel:

“ „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble erteilte einen Ordnungsruf, weil die Formulierung alle kopftuchtragenden Frauen diskriminiere. Der Bundestag wies Weidels Einspruch am 17. Mai mit 549 zu 85 Stimmen bei zwei Enthaltungen zurück.

Einordnung: Die Reihung verbindet kopftuchtragende Frauen, mutmaßlich ausländische Gewalttäter und „Taugenichtse“ zu einem abwertenden Gruppenbild. Das ist ein belastbarer Beleg für pauschalisierende, muslim- und migrantenfeindliche Rhetorik. Ein parlamentarischer Ordnungsruf ist aber kein Strafurteil und keine Feststellung individuellen Rechtsextremismus.

2025: Aneignung des Begriffs „Remigration“

Auf dem AfD-Parteitag in Riesa kündigte Weidel am 11. Januar 2025 geschlossene Grenzen und „Rückführungen in großem Stil“ an. Sie fügte hinzu:

“ „Wenn es dann Remigration heißen soll, dann heißt es eben Remigration.“

Der Parteitag nahm den Begriff anschließend in das Bundestagswahlprogramm auf.

Einordnung: Der Begriff wird in Teilen der extremen Rechten auch für die Ausweisung deutscher Staatsbürger mit Migrationsgeschichte verwendet. Weidels Rede nennt an dieser Stelle nicht präzise den betroffenen Personenkreis. Das beschlossene Programm definiert seinen „Maßnahmenkatalog“ hingegen als Rückführung Ausreisepflichtiger, ausländischer Straftäter sowie von Personen, deren zeitweiliger Schutzgrund entfallen ist. Die Verwendung des Wortes ist deshalb politisch aussagekräftig, beweist für sich genommen aber kein rechtswidriges Deportationskonzept. Entscheidend bleibt der konkret geforderte Personenkreis.

2025: Hitler sei „Kommunist“ gewesen

Im öffentlichen X-Gespräch mit Elon Musk am 9. Januar 2025 sagte Weidel über Adolf Hitler:

“ „Nationalsozialisten, wie das Wort schon sagt, waren Sozialisten. [...] Er war ein Kommunist und sah sich selbst als Sozialisten.“

Historiker widersprachen. Andreas Wirsching, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, nannte die Aussage „historisch grundfalsch“. Er verwies auf Hitlers völkischen Nationalismus, Antisemitismus und militanten Antikommunismus sowie auf die Verfolgung und Ermordung von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern.

Einordnung: Die Aussage ist keine bloße Detailungenauigkeit, sondern kehrt die historische Stellung des Nationalsozialismus um. Sie entlastet die extreme Rechte rhetorisch, indem der Nationalsozialismus dem linken Lager zugerechnet wird. Das ist als geschichtsrevisionistische

Falschbehauptung zu bewerten.

Gesamtbewertung

Die stärksten Belege sind die pauschale Herabsetzung muslimisch gelesener Gruppen und die historisch falsche Verschiebung Hitlers zum Kommunismus. Beim Begriff „Remigration“ ist die Analyse ohne den konkreten Maßnahmenkatalog zu ungenau. Nicht belegt wäre die Behauptung, ein Gericht habe Weidel persönlich als rechtsextrem eingestuft.

Quellen

Alle Onlinequellen wurden am 9. August 2026 abgerufen.

1. **Deutscher Bundestag:** „Weidel-Einspruch gegen Ordnungsruf mit 549 Stimmen abgelehnt“, 17. Mai 2018: <https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2018/kw20-de-einspruch-ordnungsruf-555494>
2. **Tagesschau:** „Weidel ist AfD-Kanzlerkandidatin“, 11. Januar 2025: <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/parteien/afd-weidel-riesa-100.html>
3. **AFD:** Bundestagswahlprogramm 2025, S. 101–107: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf
4. **dpa-Faktencheck:** „Wissenschaftler widersprechen: Hitler war kein Kommunist“, 10. Januar 2025: <https://dpa-factchecking.com/germany/250110-99-543996/>